

Der Generationen-Schwindel: Wer hier wen finanziert

geschrieben von pietrocavadini | 29. März 2026



Wer die politischen Diskussionen der letzten Jahre verfolgt, kennt die Erzählung: Die jüngere, erwerbstätige Bevölkerung blutet finanziell aus, um den wachsenden, unproduktiven «Renten-Berg» zu finanzieren. Diese angebliche Umverteilung von Jung nach Alt vergiftet das gesellschaftliche Klima und liefert konservativen Kreisen Munition, um das Rentenalter zu erhöhen und die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) anzugreifen.

[Eine sozioökonomische Analyse beleuchtet die Debatte neu.](#) Sie dekonstruiert die altersbezogenen Finanzströme der Schweiz und kommt zu einem brisanten Schluss: Die angebliche Ausbeutung der Jugend zugunsten der Älteren ist ein statistischer Trugschluss. Berücksichtigt man alle Kosten, fließen die gesellschaftlichen Ressourcen eher in die umgekehrte Richtung.

Die optische Täuschung der Milliarden-Töpfe

Das Missverständnis beruht auf einer verzerrten Wahrnehmung der Zahlungswege. Die Ausgaben für das Alter sind zentralisiert und sichtbar. AHV und berufliche Vorsorge bewegen gigantische Summen. Zusammen mit den Pflegekosten belaufen sich die Aufwendungen für die rund 1,7 Millionen Menschen über 65 Jahre auf etwa 120 Milliarden Franken jährlich. Das entspricht Bruttokosten von knapp 6000 Franken pro Monat und Senior.

Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Renten gelten in der Schweiz als Einkommen und werden besteuert. Zudem zahlen Senioren ihre Krankenkassenprämien und beteiligen sich an ihren Pflegekosten. Zieht man diese Rückflüsse ab, sinkt die Netto-Kostenbelastung auf etwa 4500 bis 4700 Franken pro Kopf und Monat.

Die astronomischen und unsichtbaren Kosten der Jugend

Die Transferleistung an die junge Generation ist gigantisch. Allein für Bildung geben Bund, Kantone und Gemeinden jährlich über 45,5 Milliarden Franken aus. Ein Kind in der Schule kostet den Staat gut 23'000 Franken pro Jahr. Auf der Tertiärstufe explodieren die Ausgaben: Ein Universitätsstudent kostet über 33'500 Franken jährlich. Hinzu kommen Familienzulagen und Leistungen der Erwerbsersatzordnung (EO).

Der wahre blinde Fleck des Generationen-Narrativs liegt jedoch am Küchentisch der Familien. Während Renten aus staatlichen oder beruflichen Töpfen fliessen, zahlen Eltern die immensen Kosten für Kinder direkt aus ihrem Nettoeinkommen. Externe Kinderbetreuung verschlingt bis zu 1450 Franken im Monat. Konsumausgaben für Nahrung, Wohnen und Kleidung belasten das Familienbudget.

Noch gravierender sind die indirekten Kosten: Die Reduktion des Erwerbspensums, meist von Frauen getragen, führt zu Lohneinbussen. Rechnet man die staatlichen Bildungsausgaben und die privaten Haushaltsaufwendungen zusammen, belaufen sich die Kosten für ein Kind auf 4500 bis 5500 Franken pro Monat. Bei Studierenden in teuren Städten übersteigt der Wert rasch die 5000-Franken-Marke. Die Gesellschaft investiert somit pro Kopf mehr in die Jugend als in den Erhalt des Alters.

Das Gespenst der Demografiekatastrophe - und warum es trügt

Selbst wer die fiskalische Gleichwertigkeit der Generationen akzeptiert, sieht sich einem weiteren Alarmszenario gegenüber: dem drohenden demografischen Kollaps. «Immer mehr Rentner werden von immer weniger Erwerbstätigen durchgefüttert» – so lautet die gängige Schreckensformel. Doch auch diese Rechnung stimmt nur, wenn man eine entscheidende Variable ignoriert: die Produktivität.

Produktivität schlägt Demografie

Wer lediglich das Verhältnis von Rentnern zu Erwerbstätigen zählt – den sogenannten Altersquotienten –, begeht einen elementaren ökonomischen Denkfehler: Er setzt voraus, dass ein Erwerbstätiger heute gleich viel wirtschaftlichen Wert produziert wie vor vierzig Jahren. Das ist nachweislich falsch.

Die Arbeitsproduktivität in der Schweiz ist seit 1973 im Durchschnitt um rund 1,1 Prozent pro Jahr gewachsen. Der offizielle Produktivitätsindex des Bundesamts für Statistik (Basis 1991 = 100) kletterte bis 2023 auf einen Wert von 142,9. Ein durchschnittlicher Arbeitnehmer produziert heute real über 40 Prozent mehr Güter und Dienstleistungen als noch Anfang der 1990er-Jahre. Die Wohlstandsgenerierung entkoppelt sich dank Technologie, Digitalisierung und hohem Bildungsniveau graduell von der reinen Kopfzahl der Beschäftigten.

Die AHV-Kostenquote bleibt stabil

Dass dieser Produktivitätshebel wirkt, zeigt ein einfacher Blick auf die Makroökonomie: Obwohl sich die Anzahl der Rentenbeziehenden in den letzten Jahrzehnten drastisch erhöht hat, ist der Anteil der AHV-Ausgaben am Schweizer Bruttoinlandprodukt (BIP) erstaunlich stabil geblieben. Die Wirtschaft, von der die AHV-Lohnbeiträge abgeschöpft werden, wuchs annähernd im gleichen Takt wie die Bedürfnisse der alternden Gesellschaft.

Hinzu kommt, dass das Narrativ der «immer weniger Erwerbstätigen» zu kurz greift, weil die Arbeitsmarktbeteiligung gestiegen ist. Zwischen 2014 und 2024 nahm die Erwerbsquote der 55- bis 64-Jährigen um 6,1 Prozentpunkte auf 77,8 Prozent zu. Und selbst nach dem Rentenalter bleibt ein beachtlicher Teil im Arbeitsmarkt: 2024 arbeiteten 23 Prozent der Männer und 15,2 Prozent der Frauen zwischen 65 und 74 Jahren weiterhin – und trugen damit aktiv zur Wirtschaftsleistung und zum Steuersubstrat bei.

Alter bedeutet nicht automatisch Pflegebedürftigkeit

Ein drittes Schreckensargument lautet: «Die Rentner werden immer älter und fallen der Gesellschaft damit länger zur Last.» Auch dies ist nur die halbe Wahrheit. Die entscheidende Metrik ist nicht die Lebenserwartung, sondern die Zahl der gesunden Lebensjahre.

Gemäss dem Bundesamt für Statistik stieg die Lebenserwartung in guter Gesundheit (ab 65 Jahren) seit 1992 kontinuierlich an: bei Männern von 11,1 auf 14,4 Jahre, bei Frauen von 11,9 auf 14,9 Jahre. Die teuren medizinischen Eingriffe und stationären Pflegekosten werden damit immer weiter ins Hochalter verschoben.

Diese gewonnenen, beschwerdefreien Jahre fliessen nicht einfach in passive Konsumation. Viele Senioren nutzen sie für gesellschaftliche Gratisarbeit: die Betreuung von Enkelkindern – was die erwerbstätige Elterngeneration unmittelbar entlastet – oder Freiwilligenarbeit in Vereinen und Institutionen. Die gestiegene Lebenserwartung ist damit kein reiner Kostenblock, sondern ein qualitätssteigerndes Element im Generationenvertrag.

Die «Demografiekatastrophe» ist eine statische Projektion, die die dynamischen Kräfte der Produktivität, der steigenden Erwerbsbeteiligung Älterer und des gesünderen Alterns systematisch ausblendet. Wer diese Faktoren einbezieht, erkennt: Das System ist robuster, als es die Alarmisten behaupten.

Ein symbiotischer Vertrag statt Klassenkampf

Der intergenerationelle Vertrag ist kein Nullsummenspiel. Die 5,4 Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter finanzieren beide Enden des Lebenszyklus. Die Investitionen in die Jugend sind keine verlorenen Ausgaben, sondern die Grundlage für das Überleben der Gesellschaft. Nur ein gut ausgebildetes Humankapital kann die Wertschöpfung generieren, die das Umlageverfahren der AHV stützt. Umgekehrt kurbeln die Senioren mit ihren Renten den Binnenkonsum an und sichern Arbeitsplätze.

Es ist an der Zeit, das Augenmerk auf die wahren strukturellen Bruchlinien zu richten. Die eigentliche Krise findet in der «Rushhour des Lebens» statt, wenn Familien unter Krankenkassenprämien, unbezahlbarer Kinderbetreuung und steigenden Mieten leiden. Hinzu kommen die Diskriminierung von Frauen in der Altersvorsorge – der «Gender Pension Gap» – und die oft verschwiegene Langzeitarbeitslosigkeit der über 50-Jährigen.

Wer die Generationen gegeneinander ausspielt, betreibt eine Nebelkerzenpolitik. Das Problem sind nicht die Senioren, die angeblich der Jugend die Zukunft stehlen. Das Problem ist ein System, das die Kosten der Familiengründung privatisiert, Sorgearbeit bestraft und den Sozialstaat infrage stellt.